

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XXIV/105

Bonn, den 6. Juni 1969

wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Ja-Sager und die Demokratie</u> Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen	39
2	<u>Eine Badehose macht noch keinen Sportminister</u> Auf der Suche nach einem guten Mitspieler von Sport und Staat	44
3 - 4	<u>Französische Zwischenbilanz</u> Von Georg Scheuer, Paris	100

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Warum Frauen es so schwer haben, Abgeordnete zu werden
Eine Million Schwererziehbare im Jahre 1985?
Die öffentlichen Erziehungsheime müssen ausgebaut werden
Ziel der Sehnsucht: Hausfrau und Mutter
Annemarie Renger erfolgreich
· Meldungen

Die Ja-Sager und die Demokratie

Von Heinz Kühn, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

"Ein beträchtlicher Teil der Großstadtjugend bezeichnet sich nicht nur als politisch interessiert, sondern nimmt auch aktiv an politischen Versammlungen teil, hält den Beitritt zu einer politischen Partei oder einer Gewerkschaft für möglich und würde bei entsprechendem Angebot auch häufiger an politischen Schulungen teilnehmen." Dieses Ergebnis einer kürzlichen Infas-Umfrage kennzeichnet eine Entwicklung, die seit einiger Zeit in der Bundesrepublik zu beobachten ist. Denken wir an die Sorge zurück, mit der die politisch Verantwortlichen jahrelang oft ratlos weitverbreiteter Lethargie unter der jungen Generation und mangelnder Bereitschaft zum politischen Engagement gegenüberstanden, dann scheint es berechtigt, von einem grundlegend veränderten Klima zu sprechen, für das wir nur dankbar sein können.

Konservatives Denken und Handeln haben nahezu zwei Jahrzehnte lang die politische Landschaft der Bundesrepublik stark geprägt. Aber sie vermöchten auf die Dauer nicht, die alten sozialdemokratischen Forderungen nach Mitbestimmung des Bürgers in allen ihn betreffenden Lebensfragen, nach Chancengleichheit und Humanisierung des Staates zu unterdrücken. Im Gegenteil: Es spricht vieles dafür, daß gerade konservativer Immobilismus, Phantasie- und Planlosigkeit und das starre Festhalten am Überkommenen insbesondere die Jugend zum Engagement herausgefordert haben.

Die Chancen, zu grundlegenden Reformen verhärteter Gesellschaftsstrukturen zu kommen, sind heute größer denn je. An vielen Stellen ist der Boden bereitet, an manchen handelt es sich bereits um Rückzugsgefechte, die der Mitbeteiligung des mündigen Bürgers an den Entscheidungsprozessen geliefert werden. Gerade weil die junge Generation an der Einleitung dieses Prozesses einen so entscheidenden Anteil hat, trägt sie ein besonderes Maß an Verantwortung, deren sie sich nicht immer bewußt ist. Demagogische Schlagworte oder wohlklingende Parolen sind kein Ersatz für solide Aufklärungsarbeit und konstruktive Vorschläge. Aber es steht außer Frage, daß von vielen diese Verantwortung gesehen und bejaht wird. Es ist an der Zeit, diese wachsende Verantwortungsbereitschaft der Jugend durch eine Herabsetzung des Wahlalters zu honorieren und zu fördern. Aber auch die Parteien werden gut daran tun, gerade in ihrem Bereich die Impulse der jungen Generation aufzunehmen und einer fruchtbaren Auseinandersetzung nicht auszuweichen. Ja-Sager kann eine Demokratie nicht gebrauchen; da gleiche gilt für die demokratischen Parteien. - Aber Kritik am anderen ist nur da glaubwürdig, wo sie gepaart ist mit der Bereitschaft zur Selbstkritik.

+ + +

Eine Badehose macht noch keinen Sportminister

Auf der Suche nach einem guten Miteinander von Sport und Staat

ric - Als Bundesinnenminister Ernst B e n d a am Vorabend des erfolgreichen Sportheardings des Innenausschusses im Kreise medaillenbekränzter Olympioniken im Schwimmbad der Sportschule Hennef, Siegfriedlich-plätschernd den Versuch unternahm, ein völlig neues und aktives Sportgefühl zu erwecken, gab es nicht wenige Beobachter, die dem Minister zumindest einen guten Willen zur Sportförderung testierten. Doch kaum fünf Monate später sieht die Sportwelt für den Minister ganz anders aus. Analysiert man die Leistungen und Aufgabenerfüllung, wägt das Erreichte gegen die schier unüberwindlichen Querelen des Ministeriums mit dem Sport auf, so kann man nur feststellen: Eine Badehose macht noch keinen Sportminister!

Nachdem das bundesrepublikanische Sportschiff durch mehrere Torpedos der sportlichen Fehleinschätzungen des für den Sport zuständigen Bundesministers leck geworden ist, stellt sich die entscheidende Frage nach einer realistischen und wirklichkeitstreuen Basissuche für das Miteinander von Sport und Staat.

An Härte ließ der bisherige Schlagabtausch zwischen dem Innenministerium und dem Deutschen Sportbund nichts vermissen. Während Sportpräsident Willi D a u m e erklärte, sein Rat in Fragen "Sportbeirat" sei von Minister Benda nur "teilweise befolgt" worden, bezweifelt der de facto Präsident des DSB und FDP-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Willi W e y e r, seinem Kollegen auf Bundesebene praktisch die "sportliche Fähigkeit", indem er bei Minister Benda die Lust nach einem "Sonnenbad in Medaillen" der Olympiasieger befürchtet. Nach der landläufigen Methode "ein gutes Gewitter reinigt schlechte Luft" müsste in Kürze das Innenministerium wieder als loyaler Partner mit dem Deutschen Sportbund in "sportfördernder Gemeinsamkeit" marschieren. Die bisherige Praxis läßt jedoch vermuten, daß es ein beschwerlicher Gang wird.

Am 11./12. Juni soll nun in Bonn versucht werden, die unterbrochene, gemeinsame Fahrt doch noch zu einem guten Ende zu führen. Sicherlich wird es kein Plauderstündchen, wenn die Verhandlungskommission des DSB-Präsidiums mit den Präsidenten Daume und Weyer an der Spitze am 11. Juni mit Minister Benda und seinen Mitarbeitern zusammentrifft. Es liegt an Minister Benda und seinen Mitarbeitern, dem riffgeschädigten Sportschiff wieder zu einer sicheren Fahrt zu verhelfen. Weit weniger Problematik dürfte es bei dem Sachgespräch geben, das Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes am Vormittag des 12. Juni im Bundeshaus mit den Führungskräften des Deutschen Sportbundes führen. Die Frage nach einer zügigen Verwirklichung einer Sportkoordinierungsstelle auf Bundesebene auf der Grundlage des von der SPD initiierten "Deutschen Sportrates" sowie eine Bestandsaufnahme der Sportförderung der öffentlichen Hand werden die Schwerpunkte des Gesprächs bilden.

+ + +

Französische Zwischenbilanz

Von Georg Scheuer, Paris

Die politische Landkarte Frankreichs nach de Gaulle ist nicht wesentlich verändert. Pompidou konnte ebenso wenig wie de Gaulle im ersten Wahlgang die notwendige absolute Mehrheit erzielen und mußte sich mit 44 Prozent begnügen. Poher erhielt die Stimmen des Zentrums und eines Teiles der Sozialdemokratie; die anderen sozialistischen Stimmen verteilten sich auf Defferre und den Linksozialisten Rocard. Schließlich erhielt die kommunistische Partei wieder etwas über 20 Prozent.

1. Unveränderter gaullistischer Rechtsblock

Nach wie vor verfügt die gaullistisch-konservative Koalition in Frankreich über keine absolute Mehrheit. Pompidou erhielt um 750.000 Stimmen weniger als General de Gaulle im ersten Wahlgang der vorhergehenden Präsidentschaftswahl, jedoch prozentual etwas mehr (43,95 Prozent).

Auch hatte Pompidou diesmal etwas mehr als im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen im Juni 1968, als die Gaullisten nur 43,65 Prozent erhielten, jedoch beträchtlich weniger als General de Gaulle am 27. April 1969 Ja-Stimmen ernten konnte (46,82 Prozent). Man ersieht daraus, daß der gaullistisch-konservative Block in Frankreich mit wenig Veränderungen über 44 und 46 Prozent nicht hinauskommt.

Pompidou stand am 1. Juni in allen Departements an erster Stelle - außer in dem kommunistisch beherrschten Pariser Vorort Saint-Denis. Diese "Spitzenleistung" des gaullistischen Kandidaten ist aber nur darauf zurückzuführen, daß die Opposition diesmal gespalten war. Denn Mitterrand war es 1965 schon im ersten Wahlgang gelungen, 34 Prozent zu erreichen und de Gaulle in 20 Departements zu überflügeln.

Die höchsten Prozentsätze erreichte Pompidou, ebenso wie schon de Gaulle, in West- und Ostfrankreich, im Zentralmassiv und in Korsika. In insgesamt 16 Departements erreichte er schon am 1. Juni die absolute Mehrheit. Stellenweise hatte Pompidou jedoch hier geringere Erfolge als de Gaulle, so im Mosel-Departement, an der Maas und in den Vogesen.

In anderen Provinzen jedoch konnte Pompidou interessanterweise größere Erfolge als de Gaulle 1965 erzielen, so im Departement Lot, wo er Gemeinderat in der Gemeinde Cajarc ist, in Savoyen und im Puy-de-Dôme, wo Giscard d'Estaing für ihn fought. In Südfrankreich konnte Pompidou, der zum Unterschied von de Gaulle kein Nordfranzose, sondern ein Kind Mittelfrankreichs ist, den General übertreffen.

Die geringsten Prozentsätze erzielte der gaullistische Kandidat in der "roten Bannmeile" um Paris: 33,9 Prozent.

2. Gestärkte Links-Mitte

Poher (23,42 Prozent) stand in den meisten Departements an zweiter Stelle. Das ist ein Ereignis in der französischen Geschichte, denn seit Jahren war die politische Mitte unter die Räder geraten. Lecanuet hatte sich 1965 mit 14 Prozent begnügen müssen. Pohers Kraft schon im ersten Wahlgang ist selbstverständlich auf die Unterstützung durch einen Teil der demokratischen Linken zurückzuführen, die sich

im zweiten Wahlgang noch stärker für ihn einsetzen wird.

In den meisten Departements vereinigte Poher die Stimmen des Zentrums (normalerweise 15 Prozent im Landesdurchschnitt) und eines Teiles der Sozialdemokratie, insbesondere die Radikal-Freisinnigen und einen Flügel der SFIO. Ein Vergleich mit früheren Parlamentswahlen wäre daher in diesem Punkt abwegig. Nur ein Bruchteil der französischen Sozialdemokraten stimmte für Defferre, dessen Kandidatur als "Brücke" zur Schaffung einer von den Kommunisten unabhängigen neuen Kraft der linken Mitte gedacht war. Ein Teil der französischen Sozialdemokratie entschied sich von vornherein für Poher, andere verzichteten aus Enttäuschung über die Zersplitterung der Linken auf jede Stimmabgabe.

Über die Zweckmäßigkeit der sozialistischen Taktik in diesem ersten Wahlgang läßt sich streiten, doch darf daraus nicht der falsche Schluß gezogen werden, der Einfluß der demokratischen Linken sei zurückgegangen. Erst Parlaments- oder Gemeinderatswahlen, in welchen jede Partei unter eigener Fahne auftritt, würden das tatsächliche Kräfteverhältnis zeigen.

Somit gelang es Poher mit Unterstützung der demokratischen Linken am 1. Juni Teilerfolge zu erringen. Am besten schnitt er mit über 30 Prozent in vier Departements ab: Gers, Orne, Loir-et-Cher und Indre-et-Loire. Bemerkenswert sind seine Positionen auch in Bordeaux, wo der Gaullismus immer mehr Terrain verliert, schließlich im Ober- und Niedersass, wo er als Christdemokrat und "Europäer" besonders beliebt ist. In Paris konnte Poher sein bestes Resultat mit 27,12 Prozent im 2. Arrondissement buchen.

3. Stabile KPF

Duclos (21,52 Prozent) verzeichnet die übliche Stimmenzahl der Kommunisten in Parlamentswahlen. 1967 waren es 22,51 Prozent und 1969 20,03 Prozent. In den meisten Departements stand er diesmal an dritter Stelle nach Poher, den er jedoch in 32 Departements überflügeln konnte, so in Südfrankreich (Bouches-du-Rhône), Nordfrankreich, an der Somme und in den Pariser Arbeitervororten, ferner an der Marne, in den Departements Dordogne, Oise und Seine-Maritime.

Perspektiven

Die Aufrechterhaltung der Kandidatur Pohers ist für den gaullistisch-konservativen Block ärgerlich. Ein freiwilliger Verzicht Pohers hätte zu einem Duell zwischen dem Gaullisten Pompidou und dem Kommunisten Duclos geführt. De Gaulles "Kronprinz" hätte somit einen mühelosen und glänzenden Sieg errichten können. Außerdem wäre die alte gaullistische These bestätigt, laut welcher es in Frankreich nur zwei nennenswerte Kräfte gibt, nämlich Gaullisten und Kommunisten. So aber zwingt der am 1. Juni erstmalig zur zweitstärksten Kraft Frankreichs aufgestiegene "Pohérismus" jetzt Pompidou in eine Stichwahl.

Auf alle Fälle wird das französische Zentrum mit Unterstützung der demokratischen Linken nach diesem Wahlkampf zu einer Kraft mit der man rechnen muß. Selbst wenn Poher das Rennen am 15. Juni nicht gewinnt, wird er als Senatspräsident künftig neuen autoritären Übergriffen des Elysée Einhalt gebieten können. Im Falle einer neuen revolutionären Krise wie im Mai vorigen Jahres - als General de Gaulle bereits seinen Rücktritt erwogen hatte - wäre Poher nicht nur als zweiter Mann im Staat, sondern jetzt auch als weithin bekannte Persönlichkeit ein Garant für die Aufrechterhaltung der demokratisch-republikanischen Legalität.